

II-4394 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2118 TJ

1982-10-11

A n f r a g e

der Abgeordneten LUSSMANN, Lafer
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Errichtung einer Zweigstelle des Zollamtes Graz
in Fürstenfeld.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wo an allen Ecken und Enden der Steiermark um Arbeitsplätze gekämpft werden muß, gibt man in der Oststeiermark schon seit Jahrzehnten Arbeitsplätze an die benachbarten Bundesländer weiter.

Und zwar geht es um Jobs im Staatsdienst: Die Bezirke Fürstenfeld, Feldbach und Hartberg werden - was die Zollabfertigung anbelangt - von der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland betreut. Dadurch gehen oststeirischen Maturanten, die in der näheren Umgebung ihres Heimatortes im Zolldienst arbeiten möchten, sichere Arbeitsplätze verloren.

Es müßte nach Ansicht des Erstunterzeichneten durchaus möglich sein, eine Zweigstelle des Zollamtes Graz in Fürstenfeld zu errichten. Damit könnten nicht nur in der oststeirischen Problemzone sichere Arbeitsplätze für Maturanten und Zollwachebeamte geschaffen werden, sondern auch die Wirtschaft

-2-

dieser Region würde ein besseres und auch billigeres Service erhalten. Zudem hätte die Wirtschaft dieses Gebietes mit der Errichtung eines Amtsplatzes die Möglichkeit, während der Amtsstunden kostenlos verzollen zu können.

Aus all diesen Erwägungen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Erwägen Sie die Errichtung einer Zweigstelle des Zollamtes Graz in Fürstenfeld?
- 2) Wenn ja, wann werden Sie konkrete Maßnahmen ergreifen?
- 3) Wenn nein, was spricht gegen die Errichtung eines solchen Zollamtes?